

Landrat sieht Vorteile in Zentralisierung

Justizreformen Nur Georges Thüring (SVP) und CVP/EVP wollen die Bezirksstrukturen erhalten

Landrat BL



VON BORIS BURKHARDT UND LEIF SIMONSEN

«Das Baselbieter Volk will das nicht», SVP-Landrat Georges Thüring (Grelingen) fand klare Worte gegen die geplante Abschaffung der Bezirksgerichte und -schreibereien. Doch er kämpfte selbst innerhalb seiner Fraktion auf einsamem Posten. Das Argument, mit den beiden Justizreformen würden die Bezirksstrukturen ausgehebelt, wollte SVP-Fraktionsführer Dominik Straumann (Muttenz) nicht gelten lassen: «Eine Zusammenlegung macht Sinn. Die Wege sind in der heutigen Zeit nicht mehr übermässig lang.»

Auch die anderen Fraktionen hatten sich bereits in den Kommissionsberatungen für die Zusammenlegung ausgesprochen. Sie stimmten mit der Regierung überein, die alte Struktur stamme «aus der Zeit, als es weder öV, Autos, Telefone noch Internet gab». Selbst die SP, die zuerst gegen die Auflösung der Amtsnotariate opponiert hatte, zeigte sich nach den erfolgten Anpassungen der Reform zufrieden mit der Neuorganisation.

«Reform schießt übers Ziel hinaus»

Lediglich die CVP/EVP-Fraktion unterstützte Thüring inhaltlich. Laut Sabrina Mohn (Aesch) sind die Bezirksgerichte «stark verankert». Die Fraktion behalte sich deshalb Änderungsanträge für die zweite Lesung vor. Die Abschaffung der Bezirksschreibereien sei zwar ein Schritt «in die richtige Richtung», schieße aber «übers Ziel hinaus». Die CVP/EVP hielt es vor einer solchen «staatsrechtlich relevanten Umstrukturierung» für sinnvoll, zuerst über die Gesamtstruktur des Kantons zu sprechen.

In den zwei Justizreformen im Rahmen des Sparpakets will die Re-



Fast der ganze Landrat war sich für einmal einig: Die Justizreformen sind sinnvoll.

JURI JUNKOV

gierung einerseits die sechs Bezirksgerichte zu zwei Zivilkreisgerichten in Arlesheim und Sissach zusammenlegen. Andererseits sollen die Bezirksschreibereien aufgelöst und auf die zwei Zentren Liestal und Arlesheim verteilt werden. Gleichzeitig würden die Amtsnotariate bis Ende 2013 aufgelöst und alle Notare als freiberufliche Unternehmer ähnlich Anwälten tätig.

Insgesamt rechnet die Regierung mit Einsparungen von jährlich mindestens 3,8 Millionen Franken. Die Dienstleistungen würden aus Sicht der Bevölkerung nicht geschmälert: «Der Gang zum Gericht ist nichts All-

tägliches. Etwas weitere Wege sind im heutigen Mobilitätszeitalter durchaus zumutbar.»

Auch Kantonsgerichtspräsident Andreas Brunner setzte sich vor dem Landrat für die Reform ein: «Die Zusammenlegung hätte zur Folge, dass nebenamtliche Richter aus kleinen Bezirksgerichten wie Waldenburg mehr Erfahrungen sammeln könnten. Diese fehlt heute zum Teil.» Ein Kreisgericht komme ausserdem nicht so schnell an die Grenzen seiner Auslastung wie ein Bezirksgericht. Vom Wettbewerb unter den Notariaten erhoffen sich die Befürworter ebenfalls einen besseren Kundenservice. «Es gibt keine 9-bis-

15-Uhr-Öffnungszeiten und keine 42-Stunden-Woche mehr. Das ist der grösste Spareffekt», brachte es Siro Imber (FDP, Allschwil) auf den Punkt. Die Regierung hat weiterhin direkten Einfluss auf die Notargebühren.

«Handlungsdruck grösser als 2005»

Justizminister Isaac Reber erklärte ausserdem, es sei ihm persönlich ein wichtiges Anliegen, dass für die von der Umstrukturierung betroffenen Kantonsmitarbeiter «gute sozialverträgliche Lösungen» gefunden würden. Bisher seien die Gespräche erfolgreich verlaufen. Dem Vorwurf Thürings und der CVP, die Zusammenlegung der Bezirksgerichte sei schon einmal von der Regierung versucht und vom Landrat wieder verworfen worden, entgegnete er: «Der Handlungsdruck ist grösser als 2005.»

«Die alte Struktur stammt aus der Zeit, als es weder öV, Autos, Telefone noch Internet gab.»

Regierungserklärung

Landrat begräbt «Opfersymmetrie»

Eintretensdebatte Die Meinungen zum Sparpaket waren gemacht: SVP und FDP wollten die Kröten schlucken; die restlichen Fraktionen kündigten Widerstand an.

Das Unwort von der «Opfersymmetrie» wollte FDP-Rednerin Marianne Hollinger (Aesch) am liebsten begraben und durch «Solidarität» ersetzen. Mit allen Landratskollegen war sie der Meinung, besagte Symmetrie sei eine «richtige Philosophie» (Hans-Jürgen Ringgenberg, SVP Therwil) und ein «gut gemeintes Gedankenkonstrukt» (Mirjam Würth, SP Frenkendorf), könne aber im Endeffekt nicht für Gerechtigkeit sorgen.

Die Schlüsse, die die Fraktionen daraus zogen, waren allerdings erwartbar gegensätzlich: Während SVP und FDP die Ungerechtigkeiten zugunsten eines grösseren Ziels (nämlich der Haushaltskonsolidierung) in Kauf nehmen wollten, nahmen SP, Grüne, CVP/EVP und BDP/GLP die Ungerechtigkeiten als Legitimation für ihre Änderungsanträge. Die SP wollte vor allem die Lehrer nicht im Stich lassen; die Grünen kündigten Totalverweigerung beim Sparen im öV an. Die CVP/EVP ist unzufrieden mit der Justizreform (siehe Artikel oben).

Ballmer: «Solidarität zeigen»

FDP-Hollinger («Der Kanton kann keinen Franken seiner Investitionen mehr selbst zahlen») und SVP-Ringgenberg («Es ist dringender denn je,

dass das Entlastungspaket in vollem Umfang umgesetzt wird.») wetteiferten in ihren Eintretensvoten mit Finanzminister Adrian Ballmer («Es ist ihre Verantwortung und ihre Vorbildfunktion. Es ist die einzige Möglichkeit, mit den kommenden Generationen solidarisch zu sein.») um die drastischste Darstellung der Kantonsfinanzen: Jeder müsse seinen Anteil am Sparen akzeptieren.

Alle drei Redner lehnten ausserdem Steuererhöhungen strikt ab. Baselland sei einer der günstigsten Kantone bei Einkommen unter 80 000 Franken und einer der teuersten bei Einkommen über 200 000 Franken, betonte Ballmer. Hollinger fragte die SP, ob sie für den Arbeitsplatzabbau bei höheren Unternehmenssteuern verantwortlich sein wolle. Und Ringgenberg rechnete vor, dass die Steuern dauerhaft um 20 Prozentpunkte erhöht werden müssten, um das Defizit auszugleichen.

SVP: «Wir haben keine Schuld»

Ringgenberg legte vor allem Wert darauf, dass seine SVP keine Schuld habe an der jetzigen finanziellen Situation: «Wir haben uns immer gegen nicht-bezahlbare Ausgaben gewehrt.» Der Schrei nach Steuererhöhungen der Linken zeige, «wie schwierig es ist, etwas wieder herzugeben, was man einmal gehabt hat». BDP/GLP-Redner Gerhard Schafroth verwehrte sich gegen die gegenseitigen Schuldzuweisungen von Links und Rechts. Als Landrats-Neuling mit «offener Sicht» sei seine Fraktion «überhaupt nicht glücklich» über die «Alles oder nichts»-Abstimmung: Über 80 Stellungnahmen in der Vernehmlassung

habe der Regierungsrat einfach «weggewischt». Die Vision des Regierungsrats sei «nicht fassbar»: «Ich habe den Eindruck, die Regierung verwaltet nur Probleme und gestaltet nicht.»

Grüne: «Unterstützen Synergien»

Für die SP erklärte Mirjam Würth, dass ihre Fraktion etwa 150 der 180 Millionen einzusparenden Franken mittrage. Bei den restlichen Posten werde man Änderungsanträge einbringen; denn ein strukturelles Defizit müsse «auch einnennenseitig angegangen werden». Die SP sei «sehr er-

«Die Linken zeigen, wie schwierig es ist, etwas wieder herzugeben, was man einmal gehabt hat».

Hans-Jürgen Ringgenberg, SVP



freut», dass sich das Volk in den vergangenen Monaten zu Wort gemeldet hat. Auch Lotti Stokar (Oberwil) betonte für die Grünen-Fraktion, das gestern behandelte Sparpaket sei nur «Teil eines grossen Ganzen», da bereits viele Massnahmen in der Budgetdebatte im Dezember beschlossen worden seien. Die Grünen unterstützten die Massnahmen, die Synergien zu stärken, lehnten aber jene ab, die die Bildung und Umwelt schädigen.

Aufsteller



«Die **Redezeitbeschränkung** ist wirklich eine gute Sache», lobte ein Redner und erntete damit allgemeine Zustimmung. Erst recht, nachdem **Landratspräsident Urs Hess** beeindruckend unter Beweis gestellt hatte, dass es ihm mit der absoluten Einhaltung ernst ist. Also war als erster Fraktionsredner ausgerechnet Hess' eigener Parteikollege **Hans-Jürgen Ringgenberg** (SVP, Therwil) an der Reihe. In seiner feurigen Ode an das Sparpaket kam dieser gerade in Fahrt, dass er die Hess'sche Glocke zum Ende der Redezeit überhaupt nicht wahrnahm. Auf des Präsidenten Mahnung hin, jetzt zum Ende zu kommen, erbat sich Ringgenberg noch einen letzten Satz. Kaum war dieser genehmigt, setzte Ringgenberg seinen Sermon unbeirrt fort. Schliesslich blieb Hess nur noch ein Mittel, um seinen Parteikollegen in ebenso neutraler wie entschlossener Präsidentenmanier zu neutralisieren: Er stellte ihm das Mikrofon ab.

Ablöcher



Von welchen Summen reden wir hier eigentlich? Geht es nun im Landrat um jährliche Einsparungen von 40 Millionen Franken? Oder 50 Millionen Franken? Oder noch mehr? Egal, wenn man fragte, es kamen unterschiedliche Zahlen heraus. Zum Teil scheinen selbst die in den Kommissionsberichten (gut versteckten) Beträge schon wieder überholt zu sein. Nicht viel zur Klärung konnte da die offizielle Traktandenliste beitragen. Deshalb unser kleiner Tipp an die Landeskanzlei: Wieso nicht das nächste Mal zu jedem der zu beratenden Punkte gleich die entsprechende Summe dazuschreiben, über die es zu entscheiden gilt? Wir sind sicher, dass die Rätinnen und Räte diesen Service public schätzen würden – selbst wenn sie es nie im Leben zugeben könnten. Auskünfte dazu erteilt – zu den üblichen Geschäftszeiten – ganz bestimmt die Finanzdirektion.

Aus dem Landrat

Schlösser Umwidmung schon jetzt

Der Landrat lehnte einen Antrag der SP ab, die Umwidmung der Schlösser Bottmingen und Wildenstein erst vorzunehmen, wenn Näheres zu den neuen Trägerschaften bekannt ist. SP-Landrätin Mirjam Würth (Frenkendorf) sah «dafür momentan keinen Grund». Bau- und Umweltdirektorin Sabine Pegoraro hingegen appellierte an das Plenum: Die Basellandschaftliche Kantonbank sei am Schloss interessiert, eine Einigung zeichne sich ab. Sie betonte ausserdem «ausdrücklich, dass die Schlösser nicht zum Verkauf stehen». Die Öffentlichkeit wird damit weiterhin Zutritt zu den zwei Schlössern haben. Zur Umwidmung der Schlösser ist ausserdem noch eine Volksinitiative hängig. (LSI)

Protest Schüler stehen Spalier für Landräte

Auch die letzte Möglichkeit, auf die Parlamentarier einzuwirken, liess sich die Baselbieter Lehrerschaft nicht nehmen: Mit vier bis fünf jungen Schulklassen standen sie gestern am Morgen der Landratsdebatte vor dem Regierungsgebäude Spalier und verteilten an die Landräte und Zuschauer in Fasnachts-Manier Zeedel mit einer Neudichtung des Baselbieterlieds («S'Baselbieter Bildigs-Sparlied») und einem Appell der Privatschullehrer in Anlehnung an das Kinderlied «Taler, Taler, du musst wandern». (BOB)

Zwischenruf

Kröten im Schlauchboot

Die zu schluckenden **Kröten**, waren vielen Landräten offenbar zu tierisch. So sprach die pharmatreue FDP von **bitteren Pillen**, die landwirtschaftsnahe SVP vom **Schatten**, über den es zu springen gilt. Letztere will auch gleich ihren Acker abstecken und so die Kantonsfinanzen **wieder ins Lot bringen**. Sport und Gartenpflege sagen den Grünen wohl nicht mehr so zu: **Hauruckübungen** und **Rasenmäherprinzip** lehnten sie zumindest beim öV ab. Die SP, bewährt als Kämpferin fürs Basler Theater, sah in der Spardebatte ein **Trauerspiel**. Die BDP/GLP wollte sich um den Pausensnack kümmern, musste aber feststellen, dass der Kanton sein Eigenkapital bereits **verbraten** hat. Die flugbegeisterte CVP/EVP riet angesichts der Finanzlage dringend, **die Reissleine zu ziehen** und zu schauen, dass man «heil zu Boden komme». Und für die nasse FDP schwammen die **Finanzen in Seenot**: «Wenn jemand ertrinkt, überlegt man nicht lange, ob man ihn mit dem **Schlauchboot** oder dem Motorboot rettet.» Regierungsrat Adrian Ballmer liess sich nicht lumpen und sprach martialisch von **beweglichen Zielen**, auf die das Sparpaket schieße. Hoffentlich nicht auf das FDP-Schlauchboot. (BOB/DH)